



Institute for European Integration Research

Working Paper Series

Nichtregierungsorganisationen, die offene Methode der Koordinierung und die Suche nach dem deliberativen Moment: Lost in translation?

Alexandra Lamprecht

Working Paper No. 03/2010

März 2010

Institut für europäische Integrationsforschung

eif

Strohgasse 45/DG

1030 Wien/Österreich

Telefon: +43-1-51581-7565

Fax: +43-1-51581-7566

Email: eif@oeaw.ac.at

Web: www.eif.oeaw.ac.at

Zusammenfassung

Deliberative Demokratiemodelle nehmen in der theoretischen Diskussion um die Partizipation zivilgesellschaftlicher AkteurInnen einen bedeutenden Stellenwert ein. Dieser Artikel stellt die normative Annahme der deliberativen Polyarchie, Nichtregierungsorganisationen seien integraler Bestandteil neuer politischer Gestaltungsprozesse, ihren tatsächlichen Partizipationsmöglichkeiten gegenüber. Anhand der Einbindung von NROs in die Offene Methode der Koordinierung zur sozialen Eingliederung in Österreich wird analysiert, ob ihre Mitarbeit die normativen Erwartungen der deliberativen Polyarchie erfüllt. Weiters legt der Artikel offen, dass das Verständnis politischer und administrativer EntscheidungsträgerInnen von jener Rolle, die NROs im Prozess einnehmen sollen, klassischen liberalen Demokratievorstellungen entspricht und damit einer deliberativen Einbindung von NROs im Wege steht.

General note:

Opinions expressed in this paper are those of the author and not necessarily those of the Institute

Contents

1. Hintergrund und Forschungsdesign	4
2. Partizipation in deliberativen Ansätzen	8
3. Fallbeispiel: Österreich	13
3.1. Kriterium 1: Offenheit des Koordinierungsprozesses	14
3.2. Kriterium 2: Dialog, Diskussion und Austausch.....	16
3.3. Kriterium 3: Gleichheit und Nichthierarchisierung der AkteurInnen und ihrer Argumente	17
4. Hemmnisse	18
5. Schlussfolgerungen.....	20
6. Referenzen	22

1. HINTERGRUND UND FORSCHUNGSDESIGN

„Nichtregierungsorganisationen“ und „Partizipation“ dienten in den letzten Jahren immer dann als gern genutzte Schlagworte, wenn Auswege aus dem Demokratiedefizit der Europäischen Union gesucht wurden (vgl. Europäische Kommission 2001). Nichthierarchische Governance-Prozesse, die von einer Einbindung möglichst vieler und möglichst nichtstaatlicher AkteurInnen geprägt waren, wurden in der politischen Praxis als Heilmittel gegen die fehlende Legitimität europäischen Regierens diskutiert und als „wertvolle Stützen eines demokratischen Regierungssystems“ (Europäische Kommission 2000) betrachtet, deren „Engagement [...] bei der Gestaltung und Umsetzung der Politik“ (ebd.) helfen sollte, die „öffentliche Akzeptanz der EU“ (ebd.) zu stärken.

Besonders deutlich werden diese praktischen und theoretischen Erwartungen an NROs in europäischen Gestaltungsprozessen im Rahmen ihrer Mitarbeit an der Offenen Methode der Koordinierung zur sozialen Eingliederung (OMKincl). Beruhend auf dem Beschluss nichtbindender europäischer Zielsetzungen, der Ausarbeitung und Umsetzung nationaler Strategien zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung und der Evaluation der erzielten mitgliedstaatlichen Erfahrungen und Erfolge, stellt die „Mobilisierung aller Akteure“ (vgl. Rat der EU 2000) und die Vorgabe, Betroffenen und Beteiligten ein Mitspracherecht in allen Phasen des Prozesses einzuräumen (vgl. Rat der EU 2007: 3), einen Grundpfeiler dieses Governance-Mechanismus dar.

In der Debatte um den Beitrag von neueren Formen europäischen Regierens zur demokratischen Legitimation der EU nahm in den letzten Jahren zudem auch das demokratietheoretische Konzept der Deliberation einen bedeutenden Stellenwert ein (vgl. Kröger 2009). Für eine neue Art von kollektiver Entscheidungsfindung eintretend, können danach legitime Entscheidungen nicht durch das alleinige Zusammenfassen von BürgerInnenpräferenzen mittels Stimmabgabe getroffen werden. Vielmehr müsste jeder Prozess der Beschlussfassung auf der argumentativen Berücksichtigung aller eingebrachten Argumente basieren (vgl. Habermas

1996; Cohen/Sabel 2003; Gerstenberg/Sabel 2002). Interessanterweise reiht sich besonders der theoretische Ansatz der deliberativen Polyarchie mit seiner Betonung von nichtstaatlichen Akteuren in politischen Gestaltungsprozessen in die oben erläuterten normativen Erwartungen an die Einbindung von NROs in europäische Governance-Mechanismen wie die Offene Methode der Koordinierung ein: Nichtregierungsorganisationen werden potenziell als Verantwortliche in allen Phasen des oben erläuterten offenen Koordinierungsprozesses (OMK) verstanden (Cohen/Sabel 2003).

Zehn Jahre nach Initiierung der OMK zur sozialen Eingliederung im Jahr 2000 scheint jedoch Ernüchterung angebracht, was die erläuterten demokratietheoretischen und praktischen Erwartungen an die Mitarbeit von NROs betrifft (vgl. Kröger 2006; Friedrich 2006:376f.). Daran anknüpfend will dieser Artikel Bilanz ziehen und zum einen die Frage beantworten, inwieweit die demokratietheoretischen Annahmen in der Praxis überhaupt erfüllt werden können. Am Beispiel Österreichs wird die These der deliberativen Polyarchie – Nichtregierungsorganisationen seien Träger neuer deliberativer Gestaltungsprozesse – ihren tatsächlichen Partizipationsmöglichkeiten in der OMK zur sozialen Eingliederung gegenübergestellt. Zum zweiten begibt sich dieser Artikel auf die Suche nach jenen Hindernissen, die einer partizipativen und deliberativen Entscheidungsfindung im konkreten Fall im Wege stehen. Es wird gezeigt, dass eine gleichberechtigte und umfassende Einbindung von NROs vor allem am Widerstand politischer und administrativer Verantwortlicher scheitert.

Zum Aufbau: Nach kurzen Anmerkungen zum Design der Studie präsentiert der Artikel zunächst die Kernannahmen der deliberativen Polyarchie. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen das Konzept der Deliberation und die Positionierung nichtstaatlicher AkteurInnen in neuen Governance-Prozessen. Danach erfolgt die notwendige Abgrenzung dieses Ansatzes von anderen Modellen deliberativer Theorie. Den Kern der Ausführungen bildet eine Analyse der Mitarbeit von NROs am österreichischen Koordinationsprozess im Zeitraum 2001-2010 im Lichte zentraler Kriterien deliberativer Polyarchie. Das letzte Kapitel fasst schließlich die

Ergebnisse zusammen und benennt die größten Hindernisse, die einer deliberativen und partizipativen Mitarbeit im konkreten Fall im Wege stehen.

Wie dargestellt kommt es im Modell der deliberativen Polyarchie zu einer Neuverortung nichtstaatlicher Organisationen als gleichberechtigte TeilnehmerInnen in allen Phasen eines dezentralisierten politischen Gestaltungsprozesses. Im Falle der Offenen Methode der Koordinierung bedeutet dies, dass der nationale Koordinationsmechanismus – als kleinste dezentrale Arena im Sinne des theoretischen Ansatzes – den Rahmen der Untersuchungen bildet. Neben relevanten Dokumenten (nationale Aktionspläne, Stellungnahmen der partizipierenden Organisationen sowie Protokolle zu Koordinierungssitzungen) bilden zwei halbstrukturierte Interviews mit dem zuständigen Beamten des österreichischen Sozialministeriums sowie mit einem Experten die Datengrundlage. Zusätzlich wurden Gespräche mit VertreterInnen von sieben Nichtregierungsorganisationen¹ geführt, die im Zeitraum 2001-2008 an der OMK in Österreich teilnahmen. Die Beantwortung der zentralen Forschungsfrage beruht folglich auf der qualitativen Inhaltsanalyse der Primärdokumente sowie der Erkenntnisse aus dem Experten- und AkteurInneninterviews.

Besonders berücksichtigt wurden folgende Aspekte:

- Formale und informelle Voraussetzungen für NROs, in verschiedenen Phasen des Koordinationsprozesses zu partizipieren,
- Struktur und Ablauf der schriftlichen und mündlichen Konsultation,
- Einschätzungen hinsichtlich des Einfluss von NROs auf die Struktur und den Verlauf des Verfahrens, auf den Inhalt und die Formulierung der Strategieberichte.

Für die Untersuchungen wurden Nichtregierungsorganisationen in Abgrenzung zu Sozialpartnern, Vertretungsorganisationen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich, Religionsgemeinschaften und Community-Based Organisations (CBOs) als Organisationen definiert, die gesamtgesellschaftliche Themen behandeln und ebensolche Ziele verfolgen (vgl. Wirtschafts-

¹ Österreichische Armutskonferenz, Lebenshilfe, Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, Österreichisches Hilfswerk, Aurora, Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation, Neustart.

und Sozialausschuss 1999: 30). Eine weiterführende innere Differenzierung von NROs (hierzu vgl. Curtin 2003) war im Rahmen dieser Untersuchungen nicht notwendig, da das verantwortliche österreichische Sozialministerium selbst nicht zwischen unterschiedlichen Nichtregierungsorganisationen unterscheidet.

2. PARTIZIPATION IN DELIBERATIVEN ANSÄTZEN

Die Diskussion um die Rolle von Nichtregierungsorganisationen in politischen Systemen ist eng mit der Frage verknüpft, wie politische Entscheidungsfindungsprozesse demokratische Legitimität erfahren, beziehungsweise wie kollektiv bindende Entscheidungen unter der Voraussetzung der politischen Gleichheit aller BürgerInnen getroffen werden können (Scharpf 1999). Grundprinzip ist die Wahrung der politischen Gleichheit aller BürgerInnen und damit die gleiche Berücksichtigung ihrer Präferenzen. Liberale Demokratieansätze versuchen dies durch das Prinzip „One person – One vote“ sicherzustellen, wobei die Präferenzen der WählerInnen in das System des repräsentativen Parlamentarismus eingebracht werden (vgl. Dahl 1999). Da das System auf der Rechenschaftspflicht dieser RepräsentantInnen gegenüber den BürgerInnen basiert, ist die Einbindung anderer, nichtgewählter Personen in die Beschlussfassung nicht vorgesehen. Zusätzliche, konsultative Partizipation in politikvorbereitende Phasen kann jedoch sinnvoll sein, wenn damit die Qualität der Entscheidungen erhöht und Implementationsprobleme verringert werden (vgl. Finke 2007: 6). Die Möglichkeit für BürgerInnen oder ihre RepräsentantInnen, an den Vorarbeiten zur Entscheidungsfindung und an policy-Formulierungen mitzuarbeiten, hängt jedoch maßgeblich von ihrer Fähigkeit ab, Ressourcen und Expertise einzubringen, bzw. zur Verfügung zu stellen (vgl. Schmitter 2002: 62f).

Ein grundsätzlich unterschiedliches Verständnis von der Erzeugung legitimer Entscheidungen hat das Modell der deliberativen Polyarchie (DP). Den Ausgangspunkt bildet die Annahme, dass politische Institutionen des modernen Nationalstaats nicht mehr in der Lage sind, komplexe Problemlagen in den Bereichen Armut, Beschäftigung, Wohlfahrt oder Bildung zufrieden stellend zu lösen (vgl. Cohen/Sabel 1997: 314) und dabei gleichzeitig die Unterschiedlichkeit lokaler Problemlagen zu berücksichtigen (vgl. ebd. 323). Gefordert wird laut deliberativer²

² Grundidee des Modells der direkt-deliberativen Polyarchie ist die Deckungsgleichheit zwischen Normbetroffenen und Normsetzern, d.h. die direkte Einbeziehung der BürgerInnen als kleinste Einheit deliberativer Entscheidungsprozesse. Da diese Vorstellung bei der OMK nur schwer Anwendung findet (vgl. Cohen/Sabel 2003: 734), beziehen sich diese Untersuchungen auf das Modell der deliberativen Polyarchie, bei der das Modell zwar um die direkte Komponente verkleinert, jedoch um die Prinzipien der funktionalen Repräsentation und der Einbindung aller Stakeholder erweitert wird (vgl. Smismans 2007: 78).

Polyarchie³ eine grundsätzlich neue Form kollektiver, demokratischer Selbstregierung. Nationale, subnationale, staatliche wie auch nichtstaatliche Kräfte bis hin zu einzelnen betroffenen BürgerInnen sollen autonom und dezentralisiert substantielle Lösungen für Herausforderungen in oben erläuterten Politikfeldern finden (vgl. Gerstenberg/Sabel 2002: 291). Zentrales prozedurales Erfordernis ist immer die Deliberativität der Entscheidungsfindung. Diese ist gegeben, wenn Entscheidungen öffentlich und auf der Basis eines rationalen Übereinkommens zwischen allen betroffenen AkteurInnen getroffen werden. Zentral ist also die Nichthierarchisierung und Gleichheit der teilnehmenden Personen und ihrer Argumente (vgl. Cohen/Sabel 1997: 329). Der Diskurs, d.h. „die (auf Dauer gestellte) Kommunikation im Sinne argumentativer Auseinandersetzung“ (Nanz/Steffek 2005: 81), ist nicht nur Mittel zum Zweck, sondern zentrales Instrument in der Erzeugung demokratischer Legitimität (ebd.). Zivilgesellschaftliche Organisationen übernehmen neben legislativer Kompetenz auch die Verantwortung bei der Implementierung und Evaluation der deliberativ erzeugten Entscheidungen (vgl. Armstrong 2006: 39). Im Austausch für ihre Autonomie stellen die lokalen Entscheidungszentren einer übergeordneten Instanz Informationen über ihre Ziele, Vorgangswesen und Fortschritte zur Verfügung. Durch den Vergleich mit den Resultaten anderer Einheiten können Standards entwickelt, lokale Errungenschaften verglichen, schlechte Lösungen kritisiert und best-practice Modelle aufgezeigt werden (vgl. Cohen/Sabel 1997: 330f). So werden die einzelnen Einheiten mit den Lösungswegen anderer Einheiten mit ähnlichen Problemlagen konfrontiert und zu einer Reflexion der eigenen Vorgehensweise angehalten (vgl. ebd. 325). Klassische nationalstaatliche Institutionen verlieren in diesem Arrangement zwar nicht ihre Berechtigung, jedoch ändern sich ihre Funktionen maßgeblich (vgl. Cohen/Sabel 1997: 327). Die Hauptaufgabe der Legislative besteht darin, für alle verbindliche Zielsetzungen zu definieren und jene Themen festzusetzen, die dezentralisiert in deliberativen Arenen zu behandeln sind (vgl. ebd. 334). Politikbereiche, bei der die Vorteile einer einheitlichen, uniformen Lösung überwiegen, verbleiben in der legislativen Kompetenz der klassischen gesetzgebenden Institutionen. Die Exekutive sorgt in diesem Zusammenhang für die Bereitstellung

³ In Anlehnung an Dahl ist Polyarchie ein politisches System in dem grundlegende Rechte wie Wahlrecht, Versammlungs- und Meinungsfreiheit und Informationszugang gesichert sind, und in dem politische AkteurInnen von BürgerInnen in freien und fairen Wahlen gewählt werden (vgl. Dahl 1989: 221f).

institutioneller Rahmenbedingungen und koordiniert den Austausch zwischen den verschiedenen Entscheidungszentren. Die Judikative wiederum überwacht die Einhaltung von direkt-deliberativen Kriterien und demokratischen Standards in den einzelnen Gestaltungsprozessen (vgl. Cohen/Sabel 1997: 330ff.). Die Europäische Beschäftigungsstrategie (EBS) als Vorreiterin aller OMK-Prozesse⁴ gilt für den Ansatz der deliberativen Polyarchie als ein solches Beispiel dezentraler, deliberativer Entscheidungsfindung (vgl. Cohen/Sabel 2003: 724ff.). Darin stellen die Mitgliedstaaten die autonomen Einheiten dar, während die Kommission wiederum als organisatorisches Zentrum agiert. Sie koordiniert die Erstellung der Nationalen Aktionspläne (NAPs), in der die Staaten Auskunft über ihre Strategien zur Erreichung der gemeinsamen Ziele geben, begutachtet diese und unterstützt die Staaten beim gegenseitigen Austausch (vgl. Cohen/Sabel 2003: 724ff.).

Obwohl alle Ansätze deliberativer Demokratie die Definition von Deliberation als die Entwicklung optimaler Lösungskonzepte im Rahmen eines demokratischen Entscheidungsprozesses teilen (vgl. Göler 2006: 31), wird die Zivilgesellschaft in komplexe Governance Strukturen in höchst unterschiedlichem Maße einbezogen (vgl. Smismans 2007: 74). So ist die Zivilgesellschaft bei Habermas (1996) nur Mittlerin zwischen formalen Entscheidungsfindungsinstitutionen und den Anliegen der BürgerInnen. Zwar kommt ihr dadurch ein wichtiger Stellenwert zu, sie wird jedoch nicht als integraler Teil politischer Entscheidungsstrukturen verstanden (vgl. de la Porte/Nanz 2004: 270; Habermas 1996: 300).

Auch die transnationale deliberative Demokratie (Schmalz-Bruns 1999) unterscheidet sich in zentralen Punkten vom Modell der deliberativen Polyarchie: Die Grundlage ist hier die Annahme, dass aus der zunehmenden Verlagerung von Entscheidungsfindungsprozessen auf die supranationale Ebene ein „ethische[r] Substanzverlust der Politik mit der Folge einer abnehmenden Verpflichtungsfähigkeit“ (Schmalz-Bruns 1999: 187) resultiert. Die Legitimierung politischen Handelns auf europäischer Ebene kann nur durch eine umfassende Partizipation

⁴ Die Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS) sah eine Koordinierung nationaler Beschäftigungspolitiken unter dem Vorzeichen einer gemeinsamen Strategie vor (vgl. de la Porte 2002: 46). Eine Initiierung der eigentlichen OMK erfolgte in den Politikbereichen soziale Inklusion, Pensionen, Informationsgesellschaft, Forschung und Entwicklung, Jugendpolitik und Langzeitpflege (vgl. u.a. Laffan/Shaw 2004, Borrás/Jacobsson 2004).

der Zivilgesellschaft an supranationalem Regieren erreicht werden (vgl. ebd. 218). Obwohl die Zivilgesellschaft eine bedeutende Rolle einnimmt, geht der Ansatz von einem „nicht-staatlichen, nicht-nationalen Konstitutionalismus [...] als systematische Fortschreibung deliberativer Demokratiekonzepte“ (Göler 2006: 41) aus. Die OMK bewegt sich jedoch sehr wohl im Rahmen der klassischen parlamentarischen Repräsentationssysteme und auch sozialpolitische Entscheidungskompetenzen verbleiben weiterhin bei nationalstaatlichen Institutionen.

Der deliberative Supranationalismus (Joerges/Neyer 1997) führt die Idee des transnationalen deliberativen Modells fort. Im Vordergrund steht hier die Vermittlung intergouvernementaler und supranationaler Interessen der europäischen Mehrebenenpolitik im Rahmen deliberativer Entscheidungsfindung (vgl. ebd. 212). Im Gegensatz zu der Berücksichtigung nationalstaatlicher Interessen ist die direkte Partizipation der BürgerInnen oder der Zivilgesellschaft nicht von Bedeutung (vgl. Göler 2006: 42). Vielmehr vertreten die nationalstaatlichen RepräsentantInnen mehr oder weniger deren Argumente, was sich wiederum positiv auf die Effizienz und Qualität der Entscheidungen auswirken soll (vgl. de la Porte/Nanz 2004: 270).

Wie eben skizziert, kann Deliberation als Interaktionsform auch unabhängig von demokratietheoretischen Implikationen gedacht werden und auftreten (vgl. Göler 2006: 34). Sie ist daher nicht per se demokratisch. Für eine Demokratisierung deliberativer Politikgestaltung müssen deshalb Kriterien wie die Einbeziehung einer breiten Öffentlichkeit, Rechenschaftspflicht der Verantwortlichen wie auch das Recht der von Entscheidungen Betroffenen, diese individuell anzufechten, erfüllt werden (vgl. Cohen/Sabel 2003: 731; Kröger 2009). Da sich der vorliegende Artikel jedoch nur dem Teilaspekt der NRO-Partizipation an (vermeintlich) deliberativen Prozessen widmet, ist es nicht das Ziel der Ausführungen, Rückschlüsse auf die demokratische Qualität des OMK-Prozesses zu ziehen (hierzu Nanz/Steffek 2005; Friedrich 2006). Dennoch ist die Überprüfung der Offenheit von (vermeintlich) deliberativen Settings und deren

tatsächliche Ausgestaltung zentral, bilden diese Aspekte doch die Grundfesten deliberativer Polyarchie.

Um den normativen Vorstellungen der deliberativen Polyarchie im Bezug auf die Einbindung von NROs gerecht zu werden, muss der in Folge zu untersuchende Koordinierungsprozess daher folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- Partizipation: Offenheit aller Phasen des Politikzyklus für Nichtregierungsorganisationen
- Deliberation:
 - o Diskurs, Dialog und Austausch im Rahmen des Entscheidungsprozesses
 - o Gleichheit und Nichthierarchisierung der AkteurInnen
 - o Gleichheit und Nichthierarchisierung ihrer Argumente

3. FALLBEISPIEL: ÖSTERREICH

Die Erstellung des österreichischen Nationalen Aktionsplans zur sozialen Eingliederung (NAP incl.) bzw. Strategieberichts⁵ folgt seit Beginn der Koordination im Jahr 2000 einem ähnlichen Muster: In einem ersten Schritt werden „NROs und Dienstleistungsanbieter“ neben anderen nichtstaatlichen Organisationen (Sozialministerium 2006: 22) eingeladen, an dem „im Rahmen von Veranstaltungen und schriftlichen Beiträgen durchgeführten Konsultationsprozess“ (ebd.) freiwillig und unentgeltlich teilzunehmen. Nachdem das Sozialministerium in einer ersten Koordinationssitzung über den Ablauf der Berichterstellung informiert, folgt an alle TeilnehmerInnen die Bitte um inhaltliche Stellungnahmen. Diese fließen dann (mehr oder weniger) in einen Berichtskonzept – erstellt von BeamtenInnen des Sozialministeriums – ein. In einer zweiten Koordinierungssitzung wird der Rohentwurf präsentiert und allen anwesenden TeilnehmerInnen die Möglichkeit gegeben, ihre Anmerkungen zu Inhalten und Formulierungen darzulegen. Daraufhin haben die NROs in einer zweiten schriftlichen Begutachtungsrunde noch einmal die Möglichkeit, die vorgebrachten Argumente zu konkretisieren. Nach einer erneuten Überarbeitung durch zuständige Beamte, die Absegnung des Berichts durch den Sozialminister bzw. die Sozialministerin und die Annahme im Österreichischen Nationalrat endet mit der Übermittlung des Berichts an die Europäische Kommission die Phase der nationalen Berichterstellung. Daran anschließend folgt die Implementations- sowie die Evaluationsphase des Nationalen Aktionsplans bzw. Strategieberichts. Der gesamte Koordinationszyklus endet schließlich mit einem gemeinsamen Bericht der Kommission, die darin über die geplanten und implementierten Strategien der Mitgliedstaaten und über gesamteuropäische Entwicklungen Auskunft erteilt.

⁵ Im Jahr 2003 wurde eine Zusammenlegung und eine Straffung der OMK im Bereich der sozialen Eingliederung, der Renten sowie der Langzeitpflege unter dem Namen „OMK zum Sozialschutz und zur sozialen Eingliederung“ beschlossen (Europäische Kommission 2002). Neben einer Vereinfachung des Berichtswesens und des Informations- und Erfahrungsaustausches erwartete man sich eine stärkere Betonung der Politikimplementierung und eine verstärkte Kohärenz mit der überarbeiteten Lissabon-Strategie (vgl. Europäische Kommission 2005). Damit zusammenhängend erfolgte die Umbenennung des „Nationalen Aktionsplans gegen soziale Ausgrenzung“ (NAP incl.) in „Strategiebericht für Sozialschutz und soziale Eingliederung“.

3.1. Kriterium 1: Offenheit des Koordinierungsprozesses

Jenes Kriterium, das deliberative Beschlussfassung im Sinne der deliberativen Polyarchie bedingt, ist jenes der Partizipation. Um also den Charakter der NRO-Einbindung im Koordinierungsprozess bewerten zu können, wird zunächst der Zugang von Nichtregierungsorganisationen zu Entscheidungsprozessen innerhalb der einzelnen Koordinationsphasen, d.h. die Offenheit des OMK-Prozesses, untersucht. Obwohl die Mitarbeit von NROs seit Initiierung der OMK im Jahr 2000 als formales Erfordernis gilt, bleibt das Ausmaß und die Art ihrer Einbindung „nationalen Gepflogenheiten“ (Rat der EU 2000c) überlassen. Im Falle der österreichischen Berichterstellung bedeutet dies, dass der Anfangs- und Schwerpunkt ihrer Mitarbeit in der Phase der Strategieberichterstellung zu finden. Diese steht formal allen NROs offen, die Mitglieder der Dachorganisationen Österreichisches Komitee für soziale Arbeit (ÖKSA) oder Armutskonferenz und die einen inhaltlichen Beitrag zur Gestaltung des Strategieberichts leisten können. Wie die Vorarbeiten zum Strategiebericht 2006-2008 jedoch zeigen, ist die Partizipation von NROs, die nicht durch eine der beiden Dachorganisationen vertreten werden, nicht ausgeschlossen. Da jedoch Informationen zur Mitarbeit am Prozess vorrangig den beiden Dachorganisationen mitgeteilt werden, bedeutet dies im Hinblick auf die interne Planung, Ressourceneinteilung und Koordination der Mitarbeit einen Startvorteil für die entsprechenden Mitglieder. Aufgrund der vorgegebenen Berichtslänge wird in jedem Bericht eine Schwerpunktsetzung im Sinne von angesprochenen Zielgruppen und/oder gewissen Teilaspekten der Bekämpfung von sozialer Exklusion getroffen. Eine Teilnahme an dieser Thementauswahl wäre für NROs wichtig, um ihre Thematiken in den Berichten platzieren zu können. In den ersten drei Koordinierungszyklen erfolgte die Schwerpunktsetzung nur durch zuständige Beamte des Sozialministeriums (Interview 1). Nichtstaatliche AkteurInnen blieben davon ausgeschlossen und wurden über jene Themen, bzw. Zielgruppen, auf die ihre Stellungnahmen abzielen sollten, lediglich informiert. Alleine im Zyklus 2008-2010 kann eine Änderung zugunsten der NROs festgestellt werden, da diese zum ersten Mal ihre Präferenzen äußern konnten. Diese Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen der Strategieberichterstellung ist jedoch zu relativieren: Zwar konnten die NROs ihre Empfehlungen im Rahmen der ersten Koordinierungssitzung und in einer anschließenden schriftlichen Stel-

lungnahme artikulieren. Eine Vorauswahl der zu behandelnden Themen wurde aber bereits vor der Einbindung der NROs vom Sozialministeriums und anderen am Prozess beteiligten Ministerien getroffen. Weiters erfolgt die eigentliche Annahme der Strategieberichte im österreichischen Nationalrat. Obwohl der nationalen Administration ein großer Stellenwert in der Planung, Durchführung und Koordinierung des OMK-Prozesses zukommt, verbleiben die zentralen Entscheidungskompetenzen damit klar im Rahmen des klassischen parlamentarischen Systems. Eine Übertragung von substantziellen Entscheidungskompetenzen an VertreterInnen von NROs ist damit nicht vorgesehen.

Da substantielle Änderungen in der nationalen Sozialpolitik nicht kausal auf die OMK zurückführbar sind (vgl. Zeitlin 2009: 12) und eine Analyse der Effektivität der OMK für Österreich noch aussteht, kann zum jetzigen Zeitpunkt der Beitrag von NROs an der Implementationsphase leider nicht bewertet werden. Im Koordinationszyklus 2008-2010 kam Österreich hingegen der Forderung der Europäischen Kommission nach Evaluation der nationalen Strategien gegen soziale Ausgrenzung (Rat der EU 2008) nach. Im Rahmen eines Projektes erfolgte im Koordinationszyklus 2008-2010 die Ausarbeitung von Indikatoren, mit denen die Strategien evaluiert werden sollten (vgl. Sozialministerium 2007: 5). NROs waren eingeladen, daran mitzuarbeiten, jedoch wurden nur jene NROs einbezogen, die an der Strategieberichterstellung 2006-2008 teilgenommen hatten (vgl. Sozialministerium 2007: 5).

Es ist also zusammenzufassen, dass im Rahmen des Koordinierungszyklus nur die Vorarbeiten zur Strategieerstellung und das einmalig durchgeführte Evaluationsprojekt für NROs offen stehen. Nichtregierungsorganisationen haben weder Zugang zu Gremien, in denen letztendlich über die Inhalte oder Formulierungen der Strategieberichte entschieden wird, noch sind sie an der Annahme der Berichte beteiligt. Die Mitarbeit am Indikatorenprojekt ist zwar positiv zu werten, die Reglementierung des Zugangs entspricht jedoch nicht dem Kriterium der Offenheit im Sinne der deliberativen Polyarchie.

3.2. Kriterium 2: Dialog, Diskussion und Austausch

Dem formalen schriftlichen und mündlichen Konsultationsprozess mangelt es im gesamten Untersuchungszeitraum an Möglichkeiten zum Austausch und zur Vernetzung. Tatsächlich beschränkt sich der Dialog zwischen NROs und politischen EntscheidungsträgerInnen auf die Darlegung der NRO-Forderungen auf der einen Seite und der Präsentation jener Thematiken welche die Verantwortliche in den Berichten verankert sehen wollen, auf der anderen Seite. Der Grund hierfür liegt einerseits darin, dass „ein Diskussionsprozess oder gar ein dialogisches Vorgehen“ (Caritas 2006: 1) aufgrund „de[s] extrem knappen Fristenlauf[s] [...] absolut nicht möglich“ (ebd.) war, so eine teilnehmende Organisation. Auch das Sozialministerium begründet die mangelnde Diskursivität des Prozesses mit dem „sehr knappe[n] Zeitraum, der für die Erstellung des NAP zur Verfügung stand“ (Sozialministerium 2001: 1). Jedoch wird dieser Umstand auch auf politischen Unwillen des Sozialministeriums zurückgeführt, da es zufolge der NRO Armutskonferenz „in der Ausgestaltung des Erarbeitungsprozesses [durchaus] Gelegenheit gegeben hätte, Dialogfähigkeit zu beweisen“⁶. Um den „Dialog der verschiedenen Akteure bei der Erstellung und Umsetzung des NAP incl.“ (Sozialministerium 2003: 7) zu forcieren, wurde im Jahr 2002 die „Bundesplattform für soziale Eingliederung“ initiiert, die den TeilnehmerInnen zusätzlichen Austausch zu den Koordinierungssitzungen bieten sollte. Teilnehmende NROs kritisierten jedoch, dass unklar blieb, ob die erarbeiteten Ergebnisse in die folgenden Aktionspläne überhaupt einfließen würden (vgl. Interview 3). Nach Auseinandersetzungen rund um die Frage der Anwesenheit des Sozialministers bei diesen Treffen wurden die Zusammenkünfte im Rahmen der Bundesplattform im Jahr 2003 gänzlich eingestellt. Ein weiterer Versuch, die Dialog- und Austauschmöglichkeiten zwischen Sozialministerium, anderen staatlichen AkteurInnen und nichtstaatlichen Organisationen zu verbessern, wurde seit dem nicht mehr unternommen.

⁶ Armutskonferenz, <http://www.armutskonferenz.at/armutskonferenz-themen-europa-kritikderarmutskonferenz.htm>, 09.05.2008.

3.3. Kriterium 3: Gleichheit und Nichthierarchisierung der AkteurInnen und ihrer Argumente

Die Phase der Strategieberichterstellung, die eindeutig den größten Spielraum für NRO-Mitarbeit bietet, ist deutlich von einer Dominanz des jeweiligen Sozialministers, bzw. der Sozialministerin geprägt. Neben der Entscheidungskompetenz hinsichtlich der Letztfassung des Berichts äußert sich diese etwa darin, dass deren inhaltlichen Präferenzen im Prozess einen großen Stellenwert einnehmen. So legte Sozialminister Buchinger in der ersten Koordinierungssitzung des Zyklus 2008-2010 darauf Wert, dass „jedenfalls die bedarfsorientierte Mindestsicherung und die Arbeiten im Bereich der Pflegesicherung in den Bericht einfließen [sollten]“ (Sozialministerium 2007: 1). Kaum verwunderlich kam diesen Aspekten im Endbericht große Bedeutung zu (vgl. Sozialministerium 2008). Weiters wurden Ministerien, die auch in den OMK-Prozess involviert waren, bereits vor dem ersten offiziellen Koordinierungstreffen und damit vor den Nichtregierungsorganisationen in die Schwerpunktsetzung eingebunden. Von einer gleichberechtigten Behandlung aller TeilnehmerInnen kann daher keine Rede sein. Die Hierarchisierung lässt sich auch an der Rolle der administrativen Kräfte verdeutlichen. So sind diese sowohl für die Organisation des gesamten Verfahrens verantwortlich, als auch für die Einarbeitung der eingebrachten Vorschläge in die jeweiligen Aktionspläne. Die BeamtInnen der zuständigen Fachabteilung entscheiden zudem eigenständig über eine mögliche Aufnahme oder Ablehnung des eingebrachten Inputs, da sie schon wüssten, „was politisch möglich ist oder nicht“ (Interview 1). Neben der geforderten Nichthierarchisierung der TeilnehmerInnen widerspricht diese Praktik auch dem deliberativen Erfordernis der Gleichheit aller eingebrachten Argumente. So werden diese primär nicht anhand ihre Rationalität und Nachvollziehbarkeit bewertet; das wichtigste Kriterium, nach dem die eingebrachten Vorschläge beurteilt werden, ist die Kompatibilität mit der sozialpolitischen Haltung der jeweiligen Bundesregierung und der SozialministerInnen.

4. HEMMNISSE

NROs sind im gesamten Untersuchungsverlauf weder in die Annahme der Strategieberichte eingebunden, noch entspricht ihre Mitarbeit in der Phase der Strategieerstellung deliberativen Idealen. Hindernisse auf dem Weg zu einer gleichberechtigten und umfassenden Einbindung von Nichtregierungsorganisationen lassen sich folglich in beiden Koordinationsphasen finden. Zwei Gründe sind im konkreten Fall für diesen Mangel an Partizipation und Deliberativität ausschlaggebend: Zum einen verhindern Strukturen repräsentativer Demokratie die Einbindung von NROs in den Akt der tatsächlichen Berichtannahme. So wird die Letztfassung der nationalen Aktionspläne vom Sozialminister bzw. der Sozialministerin abgesegnet, dem Ministerrat vorgelegt und dann wiederum im Nationalrat zur Abstimmung gebracht. Die Partizipation von NROs als Voraussetzung für die Teilnahme an deliberativer Entscheidungsfindung ist in dieser Arena politischer Beschlussfassung nicht vorgesehen (Interview 1).

Dies beantwortet jedoch noch nicht die Frage, weshalb die Mitarbeit für NROs in der Phase der Strategieberichterstellung im gesamten Untersuchungszeitraum eines gleichberechtigten und deliberativen Moments entbehrt und nur innerhalb konsultativer Beratungen stattfindet. Betrachtet man den OMK-Prozess im Zeitraum 2001-2008, fällt auf, dass das Verhältnis zwischen partizipierenden NROs und dem Sozialministerium, bzw. den jeweils aktuellen SozialministerInnen durchaus wechselhaft war. So gestaltete sich die Zusammenarbeit in den ersten beiden Koordinierungszyklen 2001-2005, die in die Regierungsperiode einer Koalition der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) bzw. des Bündnis Zukunft Österreichs (BZÖ) fielen, durchaus schwierig. Eine teilnehmende NRO attestierte den politischen Verantwortlichen prinzipielle Vorbehalte gegenüber dem OMK-Prozess und gegenüber der Zusammenarbeit mit NROs (vgl. Interview 5). Das Sozialministerium wiederum räumte ein, dass das Verhältnis zwischen NROs und Sozialministerium aufgrund der unterschiedlichen sozialpolitischen Anschauungen „mit Friktionen verbunden“ (Interview 2) war. Ab dem Zyklus 2006 verbesserten sich die Beziehungen, was erstens auf die Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratischen Partei (SPÖ) und ihrer sozialpolitische Aus-

richtung zurückgeführt wird (vgl. Interview 6). Zweitens scheint das Verhältnis zu den NROs stark „an die Haltung des Ministers“ (Interview 1) gebunden zu sein. So wird Erwin Buchinger, Sozialminister während des Zyklus 2006-2008, im Gegensatz zu seinen VorgängerInnen „großes Engagement [...] Kontakte zu pflegen und neue Entwicklungen zu fördern“ (Interview 7) und „mehr Kompetenz und Wille[n] zur Kooperation“ (Interview 6) eingeräumt. Interessanterweise bleibt die Mitarbeit der NROs jedoch in allen untersuchten Koordinationsprozessen stets konsultativer Natur. Die wechselnde sozialpolitische Haltung der jeweiligen Regierung oder die persönlichen Einstellung der SozialministerInnen zur Partizipation von Nichtregierungsorganisationen an politischen Entscheidungsprozessen scheint sich demnach nicht auf den Charakter ihrer Partizipation auszuwirken.

Dagegen scheint die Auffassung der administrativen und politischen Verantwortlichen von jener Rolle, die Nichtregierungsorganisationen ihrer Meinung nach einnehmen sollen, sehr wohl das Ausmaß und die Intensität der NRO-Mitarbeit zu bestimmen: So gibt der verantwortliche Beamte des Sozialministeriums zwar an, das Sozialministerium sei in allen Zyklen „für Diskussionen offen“ und „bemüht, Meinungen einzuholen“ (Interview 2). Betreffend der Organisation, des Ablaufs der Koordinationsprozesse und der Inhalte der Berichte bleibe „die Verantwortung jedoch beim Sozialminister und der Regierung“ (ebd.). Die Forderung der NROs nach einem gleichberechtigten inhaltlichen Einfluss auf die Erstellung der Berichte sei deshalb „unrealistisch“ (Interview 2) und „illusionär“ (ebd.). Die Rollenverteilung ist nach Ansicht des Ministeriums klar getrennt: „Die Aufgabe der NROs ist es, sich einzubringen und [...] für die Dinge für die sie sich einsetzen [zu werben]. [...] Ideen können eingebracht werden, letztendlich bestimmt aber die Regierung“ (Interview 2). Das Verständnis von jener Rolle, die NROs einnehmen sollen, bewegt sich somit klar im Rahmen eines klassischen liberalen Demokratieverständnisses. Dieses wiederum betrachtet AkteurInnen, die nicht über demokratische Wahlen legitimiert wurden, nicht als legitime EntscheidungsträgerInnen (vgl. Kröger 2008:9).

5. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Von der Organisation des gesamten Koordinationsprozess, über die Annahme der Vorschläge partizipierenden Organisationen, bis hin zur Erstellung der Berichtsentwürfe und der letztendlichen Abstimmung über die Strategieberichte: keine Entscheidung innerhalb des österreichischen Koordinierungsprozesses ist Gegenstand gemeinschaftlicher Beschlussfassung aller TeilnehmerInnen. Die Mitarbeit von NROs ist entweder nicht vorgesehen oder beschränkt sich auf konsultative Stellungnahmen in den Vorarbeiten zur Berichterstellung. Zentrales Merkmal des österreichischen OMK-Prozesses ist also die Dominanz staatlicher AkteurInnen; insbesondere der verantwortlichen administrativen Kräfte, die den Prozess koordinieren und die Strategieberichte verfassen, und der jeweiligen SozialministerInnen, welche die Berichte absegnen und in die parlamentarische Beschlussfassung einbringen. Selbst jene Prozesse, an denen NROs zu partizipieren eingeladen sind, bieten denkbar schlechte Voraussetzungen für eine deliberative Entscheidungsfindung. Geprägt von einem engen zeitlichen Rahmen gleicht der Austausch zwischen den Partizipierenden mehr einer Darlegung der jeweiligen Positionen als einem tatsächlichen Dialog. Von einem Diskussionsprozess und der argumentativen Einbeziehung aller eingebrachten Positionen ist die Berichterstellung meilenweit entfernt. Die Einbindung von Nichtregierungsorganisationen in der offenen Methode der Koordinierung wird demnach keinem Kriterium der deliberativen Polyarchie, dem sie gegenübergestellt wurde, gerecht. Die normative Annahme, die Einbindung von NROs in den OMK-Prozess könne umfassend und darüber hinaus noch deliberativ sein, hält den empirischen Gegebenheiten zumindest in diesem Fall nicht stand.

Da die Planung und Umsetzung aller mitgliedersstaatlichen Koordinationsverfahren nationalen Gepflogenheiten überlassen wird, wäre eine andere Konzeption des OMK-Prozesses in Österreich theoretisch möglich. Ein großzügigerer zeitlicher Rahmen, der den Austausch zwischen Sozialministerium und TeilnehmerInnen begünstigt, sowie eine gänzliche Öffnung aller Entscheidungssettings für NROs zumindest in den Phasen Strategieerstellung und -evaluation wäre dem deliberativen Gedanken dienlich. Wie das letzte Kapitel jedoch zeigte, besteht im konkreten Fall seitens der Verantwortlichen kein Interesse an einer gleichberechtigten Ein-

bindung nach deliberativen Vorbild. Eben weil NROs keine gewählten Repräsentanten damit nicht legitimiert sind, die Präferenzen der BürgerInnen vertreten, müsse ihnen die Teilnahme an substantiellen Politikentscheidungen in allen Phasen des Politikprozesses verwehrt bleiben. Die Idee einer deliberativen Einbindung von NROs scheitert im Falle Österreichs letztlich an Legitimitätsvorstellungen politischer EntscheidungsträgerInnen, die einem klassischen liberalen Demokratieverständnis entspringen.

6. REFERENZEN

Armstrong, Kenneth A. (2005): The Open Method of Co-ordination and Fundamental Rights: A Critical Appraisal. Draft paper for Discussion at the 'Fundamental Rights and Reflexive Governance' Seminar. New York, Columbia Law School, 4. November 2005.

Online: <http://eucenter.wisc.edu/OMC/Papers/Rights/armstrong.pdf>. [24.2.2010]

Armstrong, Kenneth A. (2006): Inclusive Governance? Civil Society and the Open Method of Co-ordination. ESRC Seminar Series. Online:

http://www.law.qmul.ac.uk/lisbon/papers/Paper_doc/Armstrong%20Civil%20Society%20and%20OMC%20Paper.pdf. [24.2.2010]

Borras Susana/Jacobsson, Kerstin (2004): The open method of Co-ordination and new governance patterns in the EU. In: Journal of European Public Policy, Vol. 11, Nr. 2, S. 185-208.

Caritas Österreich (2006): Stellungnahme zum Nationalen Bericht über Strategien für Sozial-schutz und soziale Eingliederung. Wien.

Cohen, Joshua/Sabel, Charles (1997): Directly-Deliberative Polyarchy. In: European Law Journal, Vol. 3, No. 4, S. 313-342.

Cohen, Joshua/Sabel, Charles (2003): Sovereignty and Solidarity: EU and US. In: Trubek, David M./ Zeitlin, Jonathan (Hrsg.): Governing Work and Welfare in a New Economy: European and American Experiments. Oxford: Oxford University Press, S.691-750.

Dahl, Robert A. (1999): On Democracy. New Haven: Yale University Press.

De la Porte, Caroline/Nanz, Patrizia (2004): The OMC – a deliberative-democratic mode of governance? The cases of employment and pensions. In: Journal of European Public Policy, Vol. 11, Nr. 2, S. 267-288.

Dawid, Evelyn/Heitzmann Karin (2006a): Studie zur Bestandsaufnahme der Leistungen sozialer Dienste in der Vermeidung und Bekämpfung von Armut in Österreich. Wien.

Europäische Kommission (2000): Diskussionspapier der Kommission „Ausbau der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Kommission und Nichtregierungsorganisationen“. KOM(2000) 0011 endg. Brüssel.

Online:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2000:0011:FIN:DE:PDF>

Europäische Kommission (2001): Europäisches Regieren – ein Weißbuch. KOM(2001)0428 endg. Brüssel.

Online:<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2001:0428:FIN:DE:PDF>

Europäische Kommission (2002): Mitteilung der Kommission zur Straffung der alljährlichen wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Koordinierung. KOM(2002) 0487 endg. Brüssel.

Online:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2002:0487:FIN:DE:PDF>

Europäische Kommission (2005): Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Zusammenarbeiten, zusammen mehr erreichen: Ein neuer Rahmen für die offene Koordinierung der Sozialschutzpolitik und der Eingliederungspolitik in der Europäischen Union. KOM(2005) 0706 endg. Brüssel.

Online:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2005:0706:FIN:DE:PDF>

Eberlein, Burkard/Kerwer, Dieter (2004): New Governance in the European Union: A Theoretical Perspective. In: Journal of Common Market Studies, Vol. 42, Nr. 1, S. 121-142.

Finke, Barbara (2007): Civil society participation in EU Governance. Living Reviews in European Governance, No. 07-02.

Online: <http://www.livingreviews.org/lreg-2007-2>

Friedrich, Dawid (2006): Policy Process, Governance and Democracy in the EU. The Case of the Open Method of Co-ordination on social inclusion in Germany. Policy & Politics, Vol. 34, Nr. 8, S. 367-383.

Gerstenberg, Oliver/Sabel, Charles F. (2002): Directly-Deliberative Polyarchy: An Institutional Ideal for Europe? In: Joerger, Christian/Dehousse, Renaud (Hrsg.) (2002): Good Governance in Europe's Integrated Market. Oxford/New York: Oxford University Press, S. 289-341.

Göler, Daniel (2006): Deliberation – Ein Zukunftsmodell europäischer Entscheidungsfindung? Analyse der Beratungen des Verfassungskonvents 2002-2003. Baden-Baden: Nomos.

Habermas, Jürgen (1996): Between Facts and Norms: Contributions to a Discourse Theory of Law and Democracy. Cambridge: Polity Press.

Hix, Simon/ Follesdal, Andreas (2005): Why there is a Democratic Deficit in the EU: A Response to Majone and Moravcsik. European Governance Papers, C-05-02.

Online: <http://www.connex-network.org/eurogov/pdf/egp-connex-C-05-02.pdf>. [24.2.2010]

Joerges, Christian/Neyer, Jürgen (1997): From Intergovernmental Bargaining to Deliberative Political Processes: The Constitutionalisation of Comitology. In: European Law Journal, Vol. 3, Nr. 3, S. 272-299.

Kröger, Sandra (2006): The OMC inclusion and national social NGOs: From enthusiasm to reality. Paper prepared for the fourth ESPAnet annual conference in Bremen, 21-23 September 2006.

Kröger, Sandra (2008): Nothing but consultation: The place of organised civil society in EU policy-making across policies. European Governance Papers, C-08-03.

Online: <http://www.connex-network.org/eurogov/pdf/egp-connex-C-08-03.pdf>. [24.2.2010]

Kröger, Sandra (2009): The Open Method of Coordination: Underconceptualisation, overtermination, depoliticisation and beyond. In: Kröger, Sandra (Hrsg.): What we have learnt: Advances, pitfalls and remaining questions in OMC research, European Integration online Papers (EIoP), Special Issue 1, Vol. 13, Art. 5.

Online: <http://eiop.or.at/eiop/texte/2009-005a.htm>. [24.2.2010]

Laffan, Brigid /Shaw, Colin (2004): Classifying and Mapping OMC in different policy areas. New Modes of Governance, University College Dublin, Project No CITI-CT-2004-506392.

Nanz, Patrizia/Steffek, Jens (2005): Legitimation durch Deliberation? Die Rolle der Zivilgesellschaft in der supranationalen Politik. In: Knodt, Michèle/Finke, Barbara (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft. Konzepte, Akteure, Strategien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 79-102.

Österreichisches Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung (2008): Stellungnahme der Armutskonferenz zum Entwurf des Österreichischen Strategieberichts für Sozialschutz und soziale Eingliederung 2008-2010. Wien.

Rat der Europäischen Union (2000): Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung. Festlegung von gemeinsamen Zielen. 14110/00, 30.11.2000. Brüssel.

Online: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/00/st14/14110d0.pdf>.

Rat der Europäischen Union (2001): Gemeinsamer Bericht über die soziale Eingliederung - Teil I: Die Europäische Union, einschließlich Zusammenfassung. 15223/01, 12.12.2001. Brüssel.

Online: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/01/st15/15223d1.pdf>.

Rat der Europäischen Union (2007): Gemeinsamer Bericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung 2007. 6694/07, 23.2.2007. Brüssel.

Online: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/07/st06/st06694-co01.de07.pdf>.

Rat der Europäischen Union (2008): Gemeinsamer Bericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung 2008. 7274/08, 04.03.2008. Brüssel.

Online: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st07/st07274.de08.pdf>.

Richter, Emanuel (1997): Die europäische Zivilgesellschaft. In: Wolf, Klaus-Dieter (Hrsg.): Projekt Europa im Übergang?: Probleme, Modelle und Strategien des Regierens in der Europäischen Union. Baden-Baden: Nomos, S. 37-62.

Schmalz-Bruns, Rainer (2000): Deliberative Politik als Modell demokratischen Regierens jenseits des Nationalstaates. In: Lutz-Bachmann, Matthias/Bohmann, James (Hrsg.): Weltstaat oder Staatenwelt? Für oder wider die Idee einer Weltrepublik. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 248-273.

Schmalz-Bruns, Rainer (2000): Deliberative Politik als Modell demokratischen Regierens jenseits des Nationalstaates. In: Lutz-Bachmann, Matthias/Bohmann, James (Hrsg.): Weltstaat oder Staatenwelt? Für oder wider die Idee einer Weltrepublik. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 248-273.

Schmitter, Philippe (2002): Can the European Union be legitimized by governance? European Journal of Legal Studies, Vol.1, Nr. 1.

Online: http://cadmus.eui.eu/dspace/bitstream/1814/6843/3/EJLS_2007_1_1_6_Sch_EN.pdf. [24.2.2010]

Smismans, Stijn (2005): Reflexive law in support of directly deliberative polyarchy: Reflexive-deliberative polyarchy as a normative frame for the Open Method of Coordination. In: De Schutter, Olivier/Deakin, Simon (Hrsg.): Social Rights and Market Forces: Is the Open Coordination of Employment and Social Policies the Future of Social Europe? Bruxelles: Bruylant, S. 99-144.

Smismans, Stijn (2007): How political theory could deal with the role of civil society organisations in European governance: Reflexive deliberative polyarchy. In: Ruzza, Carlo/Della Sala, Vincent (Hrsg.): Governance and Civil Society in the European Union: Normative Perspective. Manchester: Manchester University Press, S. 73-88.

Sozialministerium (2001): 1. Nationaler Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Wien.

Sozialministerium (2003): 2. Nationaler Aktionsplan für Soziale Eingliederung, 2003-2005 zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Wien.

Sozialministerium (2004): Aktualisierung des 2. Nationalen Aktionsplanes für soziale Eingliederung. Wien.

Sozialministerium (2006): Nationaler Strategiebericht für Sozialschutz und Soziale Eingliederung. Wien.

Sozialministerium (2007): Protokoll der Kick-off Veranstaltung für den österreichischen Bericht über Strategien für Sozialschutz und soziale Eingliederung 2008-2011. Wien.

Sozialministerium (2008a): Resümeeprotokoll zur Präsentation und Diskussion des Österreichischen Berichtsentwurfs über Strategien für Sozialschutz und soziale Eingliederung 2008-2010. Wien.

Sozialministerium (2008b): Österreichischer Bericht über Strategien für Sozialschutz und soziale Eingliederung 2008-2010. Wien.

Wirtschafts- und Sozialausschuss (1999): Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschuss zum Thema "Die Rolle und der Beitrag der organisierten Zivilgesellschaft zum europäischen Einigungswerk". Brüssel.

Online:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:51999IE0851:DE:HTML>.

Zeitlin, Jonathan (2005): Conclusion. The Open Method of Co-ordination in Action. Theoretical Promise, Empirical Realities, Reform Strategy. In Zeitlin, Jonathan and Pochet, Philippe (Hrsg.): The Open Method of Co-ordination in Action. The European Employment and Social Inclusion Strategies. Brussels: Peter Lang, S. 447-503.

Zeitlin, Jonathan/Pochet, Philippe (Hrsg.) (2005): The Open Method of Co-ordination in Action. The European Employment and Social Inclusion Strategies. Brussels: Peter Lang.

Zeitlin, Jonathan (2009): The Open Method of Coordination and reform of national social and employment policies: influences, mechanisms, effects. In: Heidenreich, Martin/ Zeitlin, Jonathan (Hrsg.) (2009): Changing European Employment and Welfare Regimes: The Influence of the Open Method of Coordination on National Reforms. Routledge/EUI Studies in the Political Economy of Welfare. London: Routledge, S. 214-245.